

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, den 07.03.2013 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal des Hauses Burgstr. 8.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ausschussmitglieder

Dietmar Busch
Bernd-Eric Hoffmann
Thomas Klee
Dr. Axel Michalides
Heide Nahrgang
Annette Pizzato
Rolf Schäfer
Axel Schröder
Rolf Schulte
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Christian Viebach
Dr. Jörg Weber

ab 17.05 Uhr

Beratende Mitglieder

Peter Fritz Sebastian Ullmann

von der Verwaltung

Ute Butz
Georg Fenske
Julia Gottlieb
Sandra Hilverkus
Frank Nipken
Regine Schmidt

Schriftführerin

Vanessa Jager

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses am
22.11.2012 (öffentlicher Teil)
2. Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt (Bür- AN/0122/2013
geranregung gem. § 24 GO)

- | | | |
|-------|--|--------------|
| 3. | Formale Gestaltung und öffentliche Präsentation der Haushaltsentwürfe (Antrag der AL-Fraktion vom 08.02.2013) | AN/0129/2013 |
| 4. | Vor- und Nachteile von Doppelhaushalten (Antrag der AL-Fraktion vom 12.02.2013) | AN/0130/2013 |
| 5. | Haushalt 2013 - 2022 | |
| 5.1. | Entwicklung der Nettokreditaufnahme und des Schuldenstandes (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 28.02.2013) | AN/0132/2013 |
| 5.2. | Liste der Ausgaben für externe Dienstleistungen (Haushaltsbegleitanträge der AL-Fraktion vom 28.02.2013 und der CDU- und SPD-Fraktion vom 04.03.2013) | AN/0133/2013 |
| 5.3. | Streichung der Mittel Sportplatz Hermannstraße / Mittel zur Verbesserung der Kommunikationsinfrastruktur (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 28.02.2013) | AN/0136/2013 |
| 5.4. | Unterbringung Asylbewerber (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 02.03.2013) | AF/0018/2013 |
| 5.5. | Organisationsuntersuchungen (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 03.03.2013) | AF/0019/2013 |
| 5.6. | Senkung der Ermächtigungsübertragungen (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 06.03.2013) | AN/0143/2013 |
| 5.7. | Finanzierung des städt. Eigenanteils für die Bereitstellung der Parkplätze (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 06.03.2013) | AN/0144/2013 |
| 5.8. | Unterjähriges Monitoring des Haushaltes (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 06.03.2013) | AN/0145/2013 |
| 5.9. | Personaleinsatz pro Produkt (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 06.03.2013) | AN/0147/2013 |
| 5.10. | Mitarbeiterorganigramm (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 07.03.2013) | AN/0148/2013 |
| 5.11. | Arbeitseinsatz von Asylbewerbern (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 04.02.2013) | AN/0127/2013 |
| 5.12. | Haushalt 2013, Haushaltssicherungskonzept 2013 bis 2022 | BV/0465/2013 |
| 5.13. | Stellenplan 2013 | BV/0449/2013 |
| 6. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Bürgermeister eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er auf die vorliegenden Tischvorlagen sowie die vorliegende aktuelle Tagesordnung hin.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses am 22.11.2012 (öffentlicher Teil)

Der Hauptausschuss nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

**2. Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt AN/0122/2013
(Bürgeranregung gem. § 24 GO)**

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die vorliegende Bürgeranregung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Die Bürgeranregung ist somit abgelehnt.

**3. Formale Gestaltung und öffentliche Präsentation der AN/0129/2013
Haushaltswürfe (Antrag der AL-Fraktion vom 08.02.2013)**

Herr Nipken erklärt, dass voraussichtlich mit Fertigstellung des Haushalts für 2014 bereits der Jahresabschluss von 2012 erledigt ist. Daher dürfte sich das Problem von unsicheren Daten erledigt haben. Des Weiteren führt er aus, dass der Haushaltswurf auf der städtischen Homepage bereits eingestellt wurde.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Michalides sagt Herr Nipken zu, die technischen Möglichkeiten dahingehend zu überprüfen, als dass der Haushaltswurf direkt von der Startseite abrufbar ist.

Herr Dr. Michalides erklärt, dass der Antrag nicht mehr im Rat beraten werden muss.

**4. Vor- und Nachteile von Doppelhaushalten (Antrag der AN/0130/2013
AL-Fraktion vom 12.02.2013)**

Herr Nipken sagt eine diesbezügliche Vorstellung in der Mai-Sitzung des Hauptausschusses zu.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Korsten erklärt Herr Dr. Michalides, dass auch dieser Antrag nicht mehr im Rat beraten werden muss.

5. Haushalt 2013 - 2022

Vor Eintritt in die entsprechenden Haushaltsberatungen betont Herr Stark, dass den Fraktionen die vollständigen Unterlagen erst seit dem 28.02.2013 vorliegen. Er erklärt, dass nach dem Erhalt der Unterlagen vom 18.02.2013 noch Unklarheiten vorgelegen haben, die zu dem Antrag der SPD und der CDU-Fraktion vom 20.02.2013 geführt haben. Dies hat eine gründliche Vorbereitung auf die heutige Sitzung nahezu unmöglich gemacht. Die permanenten Änderungen führen zu allgemeinen Unsicherheiten und der Unglaubwürdigkeit der Verwaltung. Die SPD-Fraktion wird in der Ratssitzung keine neuen Zahlen der Verwaltung akzeptieren. Durch die zahlreichen Haushaltsbegleitanträge, die im Rat behandelt werden sollen, wird es höchstwahrscheinlich auch wieder zu Veränderung der Zahlen kommen; diese Änderungen sollen bereits während der Sitzung vorgenommen werden, damit über den Haushalt auch schlussendlich abgestimmt werden kann.

Herr Nipken erklärt, dass die spontanen Veränderungen einzelner Buchungsstellen im Verlauf der Ratssitzung machbar sind; allerdings ist dies bei Veränderungen der Abschreibungen nicht möglich.

Herr Viebach schließt sich im Namen der CDU-Fraktion den Ausführungen von Herrn Stark an.

Das Verfahren der Verwaltung war suboptimal. Die von Herrn Stark vorgeschlagene Vorgehensweise wird bereits in vielen Kommunen praktiziert.

Herr Dr. Michalides führt an, dass die fehlenden Unterlagen bis spätestens Samstag 12 Uhr per Mail vorliegen sollen. Zudem schlägt er vor, die Ratssitzung am Dienstag zu unterbrechen und am Mittwoch fortzufahren, falls es der Verwaltung nicht möglich sein sollte in der Ratssitzung alle notwendigen Daten zu ändern.

Herr Dr. Korsten erklärt hierzu, dass dies aus rechtlicher Hinsicht nicht möglich ist, da dann die Ladungsfrist nicht eingehalten würde.

Herr Viebach fordert die Verwaltung dazu auf, die Unterlagen nicht nur per Mail bis Samstag sondern auch in Papierform bis spätestens Montag um 12 Uhr vorzulegen.

5.1. Entwicklung der Nettokreditaufnahme und des Schuldenstandes (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 28.02.2013) AN/0132/2013

Herr Nipken sagt eine entsprechende Bearbeitung zu.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Korsten erklärt Herr Dr. Michalides, dass der Antrag somit nicht mehr im Rat beraten werden muss.

Frau Hilverkus schlägt vor, den **TOP 5.2** aufgrund der Einhaltung von Datenschutz und Verschwiegenheitsvereinbarungen in den nicht öffentlichen Teil zu verlegen.

Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

⋮

**5.3. Streichung der Mittel Sportplatz Hermannstraße / Mittel AN/0136/2013
zur Verbesserung der Kommunikationsinfrastruktur
(Haushaltsbegleit Antrag der AL-Fraktion vom 28.02.2013)**

Herr Dr. Michalides erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Mittel zur Herstellung der Sportanlage Hermannstraße aus dem Haushaltsentwurf zu streichen. Gleichzeitig werden 300.000 € zur Verbesserung der Kommunikationsinfrastruktur in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimmen (AL)
13 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 UWG, 2 FDP, Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**5.4. Unterbringung Asylbewerber (Haushaltsbegleit Antrag der AF/0018/2013
CDU- und SPD-Fraktion vom 02.03.2013)**

Frau Butz nimmt Stellung zu dem Antrag der CDU und SPD-Fraktion. Sie erklärt, dass die Zahl der Asylbewerber seit Anfang der 2000 stetig gesunken ist. Ab 2011 haben die Anträge auf Asyl wieder zugenommen. In 2012 lag die Zahl deutlich höher als in den Vorjahren. Der Trend hat sich 2013 fortgesetzt, da auch hier eine deutliche Steigerung gegenüber der Vergleichsmonate der Vorjahre zu erkennen ist. Die Zuströme hängen von der weltpolitischen Lage ab. Die Verpflichtung zur Unterbringen der Asylbewerber ist gesetzlich festgelegt. Zu den Fragen des Antrags führt Frau Butz aus, dass zwei Wohnungsgesellschaften angefragt wurden, entsprechende Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Dies waren zu einem die CO-SIMO GmbH sowie die Zwangsverwaltung Nau; beide Wohnungsgesellschaften haben eine Vermietung abgelehnt. In der ASST-Sitzung am 07.02.2013 wurde in der Verwaltungsvorlage ausführlich die geplante Vorgehensweise dargestellt. Anfang dieses Jahres hat sich jemand gemeldet, der bereit ist, Wohnungen an die Stadt zu vermieten. Frau Butz weist darauf hin, dass niemand zu einer Vermietung gezwungen werden kann. Zudem erklärt sie, dass die Verwaltung im Jahr 2011 in der Lage war, 40 Asylbewerber, zum großen Teil in städtischen Gebäuden unterzubringen. Die Versorgung durch Wohnraum war aufgrund der Kündigung der Immobilienverwaltung von COSIMO GmbH erforderlich geworden.

Herr Stark fragt an, was es für ein Angebot ist, dass der Verwaltung Anfang des Jahres gemacht worden ist.

Frau Butz erklärt, dass es sich hier um die Anmietung eines Hauses einer Zwangsverwaltung handelt. Bereits zuvor war ein Gebäude angeboten worden. Hier war allerdings der Mietzins so hoch, dass eine Anmietung nicht wirtschaftlich wäre.

Herr Viebach führt an, dass durch das fehlende Erfordernis zum Erwerb eines entsprechenden Gebäudes, auch eine Veränderung in dem Ansatz vorgenommen werden muss.

Herr Dr. Korsten erklärt hierzu, dass die langfristig wirtschaftlichere Lösung ein Hauserwerb ist anstelle einer Anmietung.

Auf Nachfrage von Herrn Ullmann macht Frau Butz klar, dass die Zahl der maximal zugewiesenen Asylbewerber nicht vorhersehbar ist; derzeit sind es etwa 2-3 pro Monat.

Herr Schäfer merkt an, dass die permanente Änderung der Zahl der Zugewiesenen sehr irritierend ist; es sollte eine flexible Lösung gefunden werden.

Herr Schröder weist darauf hin, dass von den derzeit ca. 50 Asylbewerbern, 25 gar nicht oder nicht mehr als Asylbewerber gelten. Somit wären also 25 Unterbringungsmöglichkeiten verfügbar.

Frau Butz erklärt hierzu, dass es nicht nur Asylbewerber aus Zuweisungen gibt, sondern auch Asylbewerber, die als in Duldung lebend gelten. Diese müssen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auch aufgenommen werden.

5.5. Organisationsuntersuchungen (Haushaltsbegleitantrag AF/0019/2013 der CDU- und SPD-Fraktion vom 03.03.2013)

Frau Schmidt stellt dem Ausschuss ausführlich die Berichte der bisher untersuchten Fachbereiche vor. Die Berichte werden im Ratsinformationssystem bereit gestellt.

Auf Nachfrage von Herrn Stark erklärt Herr Dr. Korsten, dass er sich den Berichten und deren Ergebnissen anschließt.

Herr Schäfer merkt an, dass laut Bericht ca. 7000 Arbeitsstunden eingespart werden können und möchte wissen, warum das bisher noch nicht aufgefallen ist.

Herr Dr. Korsten führt an, dass es durchaus Kapazitäten gegeben hat, die nicht genutzt worden sind. Als Beispiel führt er den Bereich „Bildung und Teilhabe“ an. Der vom Bund eingeschätzte Arbeitsumfang ist in diesem Maße nicht angefallen; der Personalbedarf in diesem Bereich ist damit geringer. Durch die Organisationsuntersuchung sollte klar werden, welche Standards reduziert und welche Umverteilung der Arbeit stattfinden kann. Zu beachten ist hierbei auch die jeweilige Belastbarkeit der verschiedenen Mitarbeiter. Die Umsetzung des Stellenabbaus erfolgt nicht sofort, sondern nach und nach; d.h. bei Freiwerden von etwaigen Stellen durch Schwangerschaft, Renteneintritt etc. Er betont, dass der Berater einen kooperativen Arbeitsansatz verfolgt und dabei die Mitarbeiter einbezieht.

Auf Nachfrage von Herrn Schröder erklärt Herr Dr. Korsten, dass in diesem Jahr der Fachbereich Zentrale Dienste einer Organisationsuntersuchung unterzogen werden soll. Hierdurch sollen die anderen Fachbereiche den Eindruck erhalten, dass die zum Fachbereich gehörige Personalabteilung nicht nur Untersuchungen für andere Bereiche beauftragt, sondern sich dieser auch selbst unterzieht.

Herr Ullmann möchte wissen, in welcher Form die derzeitige Rentenberatung bei der Stadt stattfindet.

Herr Dr. Korsten erklärt, dass derzeit mit der Ausgabe bzw. dem Entgegennehmen die gesetzliche Aufgabe der Stadt abgedeckt wird.

5.6. Senkung der Ermächtigungsübertragungen (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 06.03.2013) AN/0143/2013

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Herr Viebach macht klar, dass Ermächtigungsübertragungen nur im Notfall eingegangen werden sollten; in Radevormwald scheint es aber eine gängige Methode zu sein.

Herr Nipken erklärt, dass es folgende Möglichkeiten gibt: Entweder man führt ein entsprechendes Controlling ein oder es werden keine Ermächtigungsübertragungen mehr zugelassen.

Herr Hoffmann merkt an, dass beide Vorschläge für ihn akzeptabel wären; in Anbetracht dessen, dass man aber lieber kleinere Ziele setzen soll, damit diese auch erreicht werden können, spricht er sich dafür aus, ein entsprechendes Leistungscontrolling einzuführen.

Herr Stark kann dem zweiten Vorschlag durchaus positives abgewinnen; hierdurch wird eine transparente Haushaltsdarstellung möglich.

Herr Schröder schlägt vor, zuerst die Ermächtigungsübertragungen für 2013 zu begrenzen.

Herr Fenske weist den Ausschuss allerdings darauf hin, dass auch Ermächtigungsübertragungen, die investive Auszahlungen betreffen, mit Fördermitteln hinterlegt sind. Hier macht eine entsprechende Ermächtigungsübertragung durchaus Sinn.

Hierzu ergänzt Frau Gottlieb, dass viele Fördergelder erst zum Ende des Jahres bewilligt bzw. ausgezahlt werden; eine Verwendung ist daher erst im nächsten Jahr möglich.

Herr Hoffmann erklärt sich dazu bereit, die Zielzahl in dem Beschluss zu streichen und die Beschlussformulierung dahingehend zu ändern, als dass die Ermächtigungsübertragungen weitestgehend vermieden werden sollen.

Herr Nipken unterbreitet dem Ausschuss den Vorschlag bis zur September-Sitzung des Hauptausschusses einen entsprechenden Maßnahmenplan vorzulegen

Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss einvernehmlich an.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Maßnahmenplan bis zur September-Sitzung des Hauptausschusses zu entwickeln, um die Ermächtigungsübertragungen 2013 weitestgehend zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5.7. Finanzierung des städt. Eigenanteils für die Bereitstellung der Parkplätze (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 06.03.2013) AN/0144/2013

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Frau Gottlieb nimmt Stellung zu dem Antrag anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Sie erklärt, dass in der Kaiserstrasse durch die Innenstadtanierung keine zusätzlichen Parkplätze erschaffen sondern die vorhandenen lediglich umgebaut werden. Nach § 51 Abs. 6 der Bauordnung NW darf der Geldbetrag der Stellplatzrücklage jedoch nur für die Herstellung zusätzlicher Parkeinheiten im Gemeindegebiet (oder für investive Maßnahmen zu Verbesserung des ÖPNV oder für investive Maßnahmen zur Verbesserung des Fahrradverkehrs) verwendet werden. Die Herstellung von Parkplätzen (oder z.B. Parkhäusern) ist grundsätzlich nicht förderfähig und muss daher durch die Stadt getragen werden. Bei der Umgestaltung der Ausfahrt Oststrasse werden jedoch sechs neue Parkplätze geschaffen. Diese unterliegen, wie bereits erwähnt, keiner Förderung und müssen somit komplett aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. Derzeit befinden sich ca. 82.850 € in der Stellplatzrücklage. Frau Gottlieb erklärt detailliert die für die neuen Parkplätze in der Oststrasse und damit verbundenen Kosten für die dafür erforderlichen Anpassung des Straßenverlaufs (siehe Präsentation in der Anlage) und erklärt, dass diese Kosten bzw. der hierfür erforderliche städtische Eigenanteil aus der Stellplatzrücklage finanziert werden könnte.

Herr Hoffmann bedankt sich bei Frau Gottlieb für die Ausführungen. Er erklärt, dass die Realisierung der Parkplätze Oststrasse vorgenommen und dafür die Parkplatzerweiterung Rathaus zunächst nicht realisiert werden soll.

Auf Nachfrage von Frau Pizzato bestätigt Frau Gottlieb, dass die Parkplätze Oststrasse nur dann realisiert werden können, wenn der Kreisverkehr gebaut wird.

Herr Stark schlägt vor, dass mit der abschließenden Entscheidung bis zur Ratssitzung gewartet werden soll; bis dahin haben die Fraktionen noch Zeit, darüber intensiv zu beraten.

Diesem Vorschlag stimmt der Ausschuss einvernehmlich zu.

5.8. Unterjähriges Monitoring des Haushaltes (Haushaltsbe- AN/0145/2013
gleitantrag der UWG-Fraktion vom 06.03.2013)

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Herr Nipken erklärt, dass etwas mehr als eine Vollzeitstelle zur Bewältigung der daraus resultierenden Arbeiten benötigt werden würde. Die derzeitige Aufgabenerfüllung orientiert sich nur an den gesetzlichen Verpflichtungen.

Herr Schröder betont, dass viele andere Firmen dies realisieren können, warum die Verwaltung nicht. Es sollte alternativ mal ein anderer Softwareanbieter als die civitec angefragt werden.

Herr Dr. Korsten weist darauf hin, dass für die gewünschte Aufgabenerfüllung ein höherer Personalbedarf besteht.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein unterjähriges Monitoring (halbjährliche Überprüfung) des Haushaltes durchzuführen. Das Ergebnis des Monitoring soll halbjährlich dem Hauptausschuss vorgelegt werden. Falls dort erkennbar ist, dass die geplanten Haushaltsziele nicht erreicht werden können, soll ein Maßnahmenplan vorgelegt werden. Diese Maßnahme soll fester Bestandteil der Überwachung zur Erreichung der Haushaltsziele werden.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (2 FDP, 2 UWG, AL)
9 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**5.9. Personaleinsatz pro Produkt (Haushaltsbegleitantrag der AN/0147/2013
UWG-Fraktion vom 06.03.2013)**

Herr Hoffmann erläutert den vorliegenden Antrag der UWG-Fraktion.

Frau Schmidt führt aus, dass eine solche Erarbeitung möglich ist, aber mit erheblichem Aufwand verbunden ist. Diese Daten sind nicht in SAP hinterlegt.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt den Personaleinsatz pro Produkt im Haushalt 2013 darzustellen. Weiterhin soll eine Stellenübersicht erstellt werden, in der der Personaleinsatz pro Produkt übersichtlich dargestellt ist. Für den Haushalt 2013 soll diese Übersicht zum nächsten Hauptausschuss vorgelegt werden. In den zukünftigen Haushaltssatzungen sollen diese Darstellungen feste Bestandteile des Haushaltes werden.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (2 FDP, 2 UWG)
9 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, Bürgermeister)
1 Enthaltung (AL)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**5.10. Mitarbeiterorganigramm (Haushaltsbegleitantrag der AN/0148/2013
UWG-Fraktion vom 07.03.2013)**

Herr Hoffmann zieht den Antrag aufgrund der Ablehnung des vorangegangenen Antrages zurück.

5.11. Arbeitseinsatz von Asylbewerbern (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 04.02.2013)

Frau Butz nimmt Bezug auf den Antrag der UWG-Fraktion und erklärt, dass es bis 2006 viele Einsätze von Asylbewerbern gegeben hat. Die daraus resultierenden Erfahrungen sind allerdings überwiegend schlecht gewesen (z.B. Verweigerung bestimmter Arbeiten, Unpünktlichkeit, „Krankfeiern“). Darüber hinaus musste die Verwaltung Arbeitskleidung beschaffen und sonstigen Aufwand erbringen. Sie macht klar, dass man Asylbewerbern die freiwillig arbeiten wollen immer eine Möglichkeit bieten kann; bei erzwungener Arbeit hat die Verwaltung im Endeffekt nur Mehraufwand.

Herr Schäfer ist der Meinung, dass von Asylbewerbern im Gegenzug für die Gastfreundlichkeit und ihre Lebensunterhaltung Hilfe gefordert werden könnte.

Herr Ullmann entgegnet darauf hin, dass es aber keinen Sinn macht, Asylbewerber zu zwingen, da hier der Verwaltung nur ein Mehraufwand entsteht.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Korsten erklärt Herr Hoffmann den Antrag für erledigt; eine weitere Beratung im Rat ist daher nicht erforderlich.

5.12. Haushalt 2013, Haushaltssicherungskonzept 2013 bis 2022 **BV/0465/2013**

5.13. Stellenplan 2013 **BV/0449/2013**

Vor Eintritt in die Haushaltsberatungen fragt Herr Viebach an, ob der Verwaltung noch Änderungen für den vorliegenden Haushaltsentwurf vorliegen.

Hierauf bezugnehmend erklärt Herr Nipken, dass dem Rat vom Jugendhilfeausschuss und vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr Änderungen empfohlen werden, zudem wurden drei Anträge aus dem Bauausschuss an den Rat verwiesen.

Herr Viebach beantragt aus diesem Grund, die Absetzung der TOPe 5.12 und 5.13 von der Tagesordnung; die Beratungen sollten in der Ratssitzung mit dem Vorliegen aller Zahlen stattfinden.

Der Ausschuss stimmt diesem Vorhaben einvernehmlich zu.

6. Mitteilungen und Fragen

a) Herr Nipken erklärt, dass die Kommunalaufsicht die Regelung betreffend eine Erheblichkeitsgrenze für Nachtragsatzungen angesprochen hat. Danach sollte bei einem zu erwartenden Fehlbetrag von mehr als 600.000 € (ca. 1% des Gesamtbetrages der Aufwendungen) eine Nachtragsatzung erstellt werden. Diese Regelung soll nun zukünftig in die Haushaltsatzung aufgenommen werden.

b) Herr Dr. Korsten informiert die Ausschussmitglieder, dass eine neue Tagesordnung für den Rat, mit allen Änderungen, am morgigen Tag verschickt wird.

c) Herr Fenske betont, dass eine Erstellung der Änderungen der Abschreibungen technisch bis morgen nicht möglich ist. Die Versendung dieser Unterlagen wird schnellstmöglich nachgeholt.

Ende öffentliche Teil: 19.00 Uhr

Dr. Josef Korsten
Vorsitzender

Vanessa Jäger
Schriftführer

Anlage: PowerPoint-Präsentation zu TOP 5.7